

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 33 (1953-1954)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Die Europa-Armee : ein ungelöstes Problem  
**Autor:** Kruls, H.J.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-160208>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 22.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## DIE EUROPA-ARMEE

### *Ein ungelöstes Problem*

VON GENERAL H. J. KRULS

«Bis die europäische Defensivgemeinschaft von den verschiedenen Parlamenten ratifiziert sein wird, müssen noch viele Hindernisse weggeräumt werden. Das europäische Interesse und damit auch das der neutralen europäischen Länder und sogar der ganzen Welt erfordern, daß dies bald erfolgen möge und die beteiligten Länder nachher mit Überzeugung und Aufrichtigkeit an der Entwicklung ihrer Defensivgemeinschaft und der gemeinsamen Wehrmacht mitwirken werden.»

So schrieben wir letztes Jahr, am Schluß unseres Artikels in der Juni-Nummer dieser Zeitschrift. Nicht etwa deshalb, weil wir die europäische Defensivgemeinschaft an sich so bewunderten, sondern weil wir überzeugt waren, daß die Verteidigung der westeuropäischen Halbinsel dringend eine Verstärkung ihrer einsatzbereiten und schnell zu mobilisierenden Streitkräfte benötige und es notwendig sei, über ein möglichst großes Operationsgebiet verfügen zu können. Nur durch die aktive Mitarbeit Westdeutschlands würde dies erreicht werden, während andererseits die Realisierung dieser westdeutschen Mitarbeit nur durch die europäische Defensivgemeinschaft politisch ermöglicht werden könne.

Da die Politik sich nicht nach dem Idealen, aber Unerreichbaren richten darf und kann, sich jedoch bemühen muß, das wohl Erreichbare, nötigenfalls in weniger idealer Form, zur Tatsache werden zu lassen, hätte es das Interesse der europäischen Länder mit sich gebracht, daß ihre Politik die Verwirklichung der europäischen Defensivgemeinschaft anstreben würde.

Wir schreiben nun bereits Oktober 1953. Im Laufe des Jahres hat sich viel ereignet. Die Ratifizierung der europäischen Defensiv-

gemeinschaft durch die Parlamente der teilnehmenden Länder ist allerdings noch immer nicht erfolgt. Es gibt also noch keine Europa-Armee und somit auch noch keinen deutschen Defensivbeitrag. Außerdem hat es nicht den Anschein, als würde sich diese Situation innerhalb absehbarer Zeit ändern. In den Niederlanden hat die «Zweite Kammer» den Vertrag zwar mit großer Mehrheit, doch ohne große Begeisterung genehmigt. In der «Ersten Kammer» wird gewiß das gleiche geschehen. In Belgien ist man noch nicht so weit — vielleicht später im Laufe des Herbstes —, Frankreich dreht sich um das Problem herum; es bildete eine der Ursachen vieler Kabinettsänderungen und politischer Unsicherheit. — Die politischen Verhältnisse in Italien sind besonders schwierig. Der Einfluß der äußersten Linken nimmt zu, und damit nimmt die Lebensfähigkeit der weniger links stehenden Regierungen automatisch ab. Deutschland wartet auf den Spruch des Verfassungsgerichtshofes in Karlsruhe.

Beinahe drei Jahre nachdem sich die großen Staaten des Westens auf Grund amerikanischer Initiative über die Notwendigkeit einer deutschen Wiederaufrüstung aussprachen, etwas weniger als drei Jahre, nachdem französischer Scharfsinn den Pleven-Plan erdachte, gibt es noch keine arbeitende europäische Defensivgemeinschaft, gibt es noch keine deutschen Streitkräfte. Kann Europa, kann die freie westliche Welt sich damit zufriedengeben?

Bevor wir diese Frage untersuchen, muß festgestellt werden, daß in den letzten Jahren sehr viel vorbereitende Arbeit geleistet worden ist, vor allem in Westdeutschland. Es wäre also falsch, anzunehmen, diese ganze kostbare Zeit sei vollkommen verloren. Dazu muß an erster Stelle bemerkt werden, daß sich in Paris eine noch ständig zunehmende Anzahl militärischer Sachverständiger der teilnehmenden Länder konzentriert, die in gemeinschaftlicher Beratung vielseitige vorbereitende Regelungen treffen und den Kern der zukünftigen zentralen Organe der Europa-Armee formen. Allerdings führt der unsichere Zustand, in dem sich das ganze Projekt noch befindet, dazu, daß die Arbeitsleistungen dieser zahlreichen internationalen Sachverständigen nicht gerade in zweckmäßiger Weise angewendet werden. Für etwas zu arbeiten, von dem man nicht sicher weiß, ob es wirklich notwendig ist, kann außerdem nicht besonders anspornend wirken.

Aber noch wichtiger als die Pariser Arbeit sind die Dinge, die sich in Westdeutschland abspielten und noch abspielen. Wichtig, weil sie die Arbeiten umfassen, die nun einmal immer einem Aufbau einer Armee vorangehen müssen. Wichtig auch, weil sie eigentlich von der Frage: «europäische Defensivgemeinschaft oder nicht» unabhängig sind, jedoch ebenso nützlich wie notwendig für jede Form der deutschen Wiederaufrüstung. Die Vorbereitungen in Deutschland

stehen unter der Leitung von Theodor Blank, einer sehr energischen Persönlichkeit. Er ist der ausgewiesene Mann, westdeutscher Verteidigungsminister zu werden.

Das Büro Blank, dem die früheren Generäle Dr. Hans Speidel und Adolf Heusinger als militärische Ratgeber zugeteilt sind, hat den Plan für die neue deutsche Wehrmacht entworfen. Die Landmacht wird aus 12 einsatzbereiten Divisionen bestehen, d. h. aus 6 Infanteriedivisionen, 4 Panzerdivisionen und 2 mechanisierten Einheiten. Weiter sind 12—1300 Flugzeuge vorgesehen und eine Marine, die imstande sein wird, die eigenen Gewässer zu verteidigen. Die neue westdeutsche Armee wird auf Grund der allgemeinen Dienstpflicht aufgebaut werden. Dies schließt natürlich nicht aus, daß ein gewisser Kern Berufsmilitärs: Offiziere aller Ränge, Unteroffiziere und technisches Personal, notwendig ist. Mit der Werbung hat man bereits langsam begonnen; allerdings wird die große Mehrheit erst ihren Dienst aufnehmen können, wenn der europäische Defensivgemeinschaftsvertrag von der Bundesrepublik ratifiziert sein wird. Die Auswahl des festen Personals wird eine Schwierigkeit besonderer Art mit sich bringen; denn wenn Deutschland sich das Vertrauen seiner westlichen Freunde erwerben und erhalten will, wird es alles tun müssen, um seine künftige Wehrmacht mit einem gesunden, demokratischen Geist zu durchdringen und mit einer größtmöglichen Gefechtsgewandtheit zu verbinden.

Das Büro Blank trifft ebenfalls die Vorbereitungen für die Dienstpflicht, und nach dem definitiven Startzeichen wird die erste Gruppe dieser Dienstpflichtigen so schnell wie möglich aufgerufen werden. Das sind die Männer, die nach genossener Schulung das Gerüst bilden müssen, in dem später das gesamte, für die 12 einsatzbereiten Divisionen benötigte Personal geschult und eingegliedert werden muß.

Der Aufbau einer Kriegsmacht erfordert eine enorme Menge materieller Vorsorgen. Es müssen Kasernen und Lager gebaut, Übungsterrains angelegt, Übungsmaterial, Kleidung, Ausrüstung, Schuhwerk, Lebensmittel und Fahrzeuge angeschafft werden. Es muß an geistige Anregung und an Entspannung gedacht werden. Dies alles vorzubereiten, erfordert Geld, Mühe und Zeit. Solange der definitive Entscheid zur Errichtung einer deutschen Wehrmacht noch nicht vorliegt, verfügt man natürlich auch noch nicht über die erforderlichen Beträge, um alles anzuschaffen und für alles sorgen zu können. Die Arbeit des Büros Blank hat sich deshalb notgedrungen auf Vorbereitungen beschränken müssen, die einerseits ziemlich geringe Kosten mit sich bringen, andererseits jedoch möglichst weite Gebiete umfassen. Man weiß bereits genau, was man haben will, wie man es machen muß und wie hoch die Kosten sein werden, und jeder, der

auf diesem Gebiet Erfahrung gesammelt hat, wird verstehen, wie wichtig und zeitraubend diese Vorarbeiten sind.

Allerdings ist eine große Sorge von den Schultern der deutschen Armeegründer genommen worden: die Bewaffnung. Während seines Besuches in Amerika hat Eisenhower Adenauer das Versprechen gegeben, daß hierfür die USA sorgen werden.

Wir kommen nun zur Frage, ob die heutige Weltlage eine schnelle deutsche Wiederaufrüstung im europäischen Defensivgemeinschaftsverband noch immer erfordert und wenn nein, ob es dann vielleicht nicht sogar besser wäre, diese überhaupt aufzugeben. Eine Frage, deren konkrete Beantwortung schwierig ist. Es müssen deshalb einige wichtige Betrachtungen vorausgehen.

Da muß man zuerst fragen: ist wirklich immer noch eine unverminderte militärische Bedrohung vorhanden? — Die Sowjetunion hat ihre einsatzbereiten Streitkräfte bisher nicht reduziert. Vielleicht hat sie die Zahl ihrer Divisionen und Armeekorps nicht erhöht, aber der Gefechtswert der Truppen hat zugenommen. Die Anspannung der russischen Industrie ist noch immer — und vielleicht in noch stärkerem Maße — auf die Herstellung von Kriegsmaterial gerichtet. Nach und nach wird dadurch die Bewaffnung und Ausrüstung der russischen Streitkräfte modernisiert und verbessert werden. Ganz zweifellos konzentriert man sich in der Sowjetunion auch auf die Verbesserung der Atomwaffen und betreibt die Vergrößerung der Atombombenvorräte mit großer Energie. Die Flugzeugindustrie arbeitet unter Volldampf, und vor kurzem wurde berichtet, daß man jetzt ebenfalls die Herstellung verbesserter strategischer Bomber an die Hand nehme — sie sollen sogar am laufenden Band erstellt werden. Immer öfter hört man auch, daß sich die Sowjetunion nicht mehr nur auf das bereits seit vielen Jahren bekannte, enorme Bauprogramm von Unterseebooten beschränke, sondern ebenfalls den Bau einer starken Überwasserflotte in Angriff genommen habe. Für die Streitkräfte der Satellitenländer wird die bereits unter Stalin begonnene Verstärkung fortgesetzt.

Dies alles sind nicht zu leugnende Tatsachen und ebensoviele Beweise für die noch immer drohende Gefahr, daß die Sowjetunion früher oder später zu den Waffen greifen wird — oder daß sie wenigstens imstande ist, dies ohne große Aufmerksamkeit erfordernde Vorbereitungen in überraschender Weise tun zu können.

Unzweifelhaft ist die langsam wachsende militärische Kraft Westeuropas noch alles andere als ausreichend, um einem sowjetrussischen Angriff mit den ihm zur Verfügung stehenden, übermächtigen Streitkräften die Stirn bieten zu können. Verantwortliche militärische Führer des Westens haben wiederholt auf diese Tatsache hingewie-



sen. Noch bei der Kommando-Übergabe des Generals Ridgway an General Gruenther konnte dies deutlich vernommen werden. Gewiß, Europas defensive Kraft ist im Stadium der Entwicklung, so daß ein Angreifer aus dem Osten nicht ohne weiteres damit rechnen darf, ungehindert durchbrechen zu können. Er wird jetzt schon auf kräftigen Widerstand stoßen, vor allem wenn seine Absichten bereits einige Tage vorher feststellbar sein sollten. Eine Sicherheitsgarantie ist Westeuropa damit allerdings keineswegs gegeben, und noch immer wird ein militärisch überlegener Gegner in Versuchung geraten, die reichen Industriegebiete den Händen Westeuropas zu entreißen und die Küste so schnell wie möglich zu erreichen. Wenn Moskau einmal den Verzweiflungsschritt tun sollte, Krieg zu führen, dann muß es auch versuchen, die erste Phase der Überraschung für sich auszunutzen und seine Stellung hinsichtlich des Westens in kurzer Zeit zu verbessern und zu festigen. Der amerikanische Außenminister Dulles hat vor kurzem noch darauf hingewiesen, wie eingreifend sich das Verhältnis zwischen der industriellen Macht des Ostens und Westens verändern würde, falls die Sowjetunion die westeuropäischen Industriegebiete besetzen könnte. Was für die Sowjetunion die Einnahme der westeuropäischen Nordsee- und Atlantikhäfen bedeuten würde, bedarf wohl keiner näheren Erklärung.

Die erwähnte militärische Schlußfolgerung zur angeschnittenen Frage erheischt nachdrücklich eine möglichst schnelle Verstärkung des europäischen militärischen Potentials. Hierzu bildet die deutsche Wiederaufrüstung das einzige Mittel. Von den Amerikanern kann man schlecht eine wesentliche Erhöhung ihrer einsatzbereiten Streitkräfte in Europa erwarten und verlangen, und die anderen europäischen Länder sind dazu nicht in der Lage. Amerikanische und englische, mit Atombomben versehene strategische Luftstreitkräfte werden zwar eine vorbeugende Wirkung bilden und im Falle eines Krieges umgehend die Gegenoffensive eröffnen können. Aber um die Sowjetunion zu hindern, sich im ersten Anlauf den größten Teil Westeuropas anzueignen, sind örtlich anwesende, einsatzbereite europäische Land- und taktische Luftstreitkräfte notwendig. Dabei darf die Möglichkeit, diese so weit als möglich ostwärts einzusetzen, nicht übersehen werden. Nur in Gemeinschaft mit einem wiederbewaffneten Deutschland wird Europa seinen Bedarf decken können.

Dieses militärische Argument wird durch die Behauptung geschwächt, seit Stalins Tod sei eine Kursänderung in der Sowjetunion wahrzunehmen, die deutlich eine versöhnende und friedfertige Politik anstrebe, wodurch ein Krieg sehr unwahrscheinlich geworden sei. Dadurch wird nicht nur der Wille zur Bildung einer größeren militärischen Kraft vermindert, sondern außerdem die Angst erweckt, daß gerade jetzt ein engerer westlicher Zusammenschluß und eine

Erhöhung seiner militärischen Kraft von der Sowjetunion als Unfreundlichkeit angesehen werde und der Frieden gerade dadurch in Gefahr gebracht würde. Zweifellos wird der Westen alles tun müssen, um den Eindruck einer Aggression zu vermeiden. Doch selbst wenn man bereit ist, anzunehmen, Moskau wolle wirklich den Frieden und es habe seine Pläne für die alleinige Weltherrschaft aufgegeben, muß man dabei doch in Betracht ziehen, daß es jeden Augenblick seine Haltung ändern kann und dann noch immer über die selbe starke und zu einem großen Teil einsatzbereite Streitmacht verfügt, mit der es innerhalb sehr kurzer Zeit in den Krieg ziehen könnte. Für den Westen ist es dann zu spät, den Rückstand einzuholen. Darüber würden Jahre vergehen. Übrigens, wenn die Sowjetunion wirklich bestrebt ist, den Frieden zu erhalten, wird sie dies gestützt auf Tatsachen beweisen müssen, und dann darf man nicht den Eindruck bekommen, sie würde dieses Ziel jemals aus den Augen verlieren — auch nicht hinsichtlich des allmählichen Aufbaus der westlichen Kraft, die in diesem Falle ja lediglich ein Angleichen an die militärische russische Macht bilden würde.

Die Vorgänge in Moskau sind übrigens völlig undurchsichtig. Worauf ist eigentlich Berias Ungnade zurückzuführen? Welche Opfer werden noch fallen? Ist Malenkows eigene Position wohl so stark, daß man ihn mit Stalin vergleichen kann? Oder müssen wir mit weiteren Machtverschiebungen rechnen — wird sie den Führern der Kriegsmacht, den Marschällen zufallen? Wir sind geneigt, letzteres anzunehmen, müssen dabei aber zugeben, daß dies nur ein Spiel unserer Phantasie ist und jeder Grundlage entbehrt.

Es ist überaus wichtig, daß sich der Westen keinen Wunschträumen hingibt und nicht etwa glaubt, das ab und zu aus dem Kreml hörbare Krachen sei jedesmal ein Anzeichen innerer Schwierigkeiten und man infolgedessen die Schlußfolgerung ziehe, die Sowjetunion sei weniger denn je imstande, zu den Waffen zu greifen. Im Gegenteil, es würde besser sein, daran zu erinnern, daß es schon wiederholt vorgekommen ist, daß sich eine Diktatur in den Krieg stürzte, um innere Spannungen zu liquidieren.

Man muß sich ebenfalls hüten, das Zustandekommen des koreanischen Waffenstillstandes als eindeutigen Beweis für den Friedenswillen der Kommunisten anzusehen. Die Sowjetunion ergriff bereits im Sommer 1951 die Initiative zu Waffenstillstandsbesprechungen, nachdem erkannt worden war, daß die kommunistischen Absichten vereitelt worden und die Streitkräfte der Vereinigten Nationen imstande waren, ihre Gegner an der koreanischen Front zu schlagen.

Daß auch Moskau die Verstärkung der westeuropäischen Verteidigungsmittel durch eine deutsche Wiederaufrüstung als eine we-

sentliche Verstärkung betrachtet, geht eindeutig aus der Haltung der Sowjetunion hervor. In Moskau begreift man, daß — wenn die westdeutschen Divisionen und Luftstreitkräfte einmal Tatsache geworden sind — es mit den guten Chancen aus sein wird, die westeuropäische Halbinsel in überraschender Weise in einigen Wochen zu nehmen und dadurch die Position mit einem Schlage wesentlich zu verbessern. Darum sieht Moskau in der deutschen Wiederaufrüstung eine ernste Gefahr, und es wird sich mit allen denkbaren Mitteln dagegen wehren. Die sowjetrussische Politik wird deshalb auch alles daran setzen, das Deutschland-Problem so zu regeln, daß keine deutschen Streitkräfte in das westliche Lager eintreten und keine NATO-Streitkräfte auf deutschem Boden stehen werden, um sich soweit wie möglich ostwärts gegen russische Invasionsarmeen zu wehren. Eine derartige Regelung muß zu einer Wiederherstellung der Einheit des Deutschen Reiches führen. Gibt es für einen Deutschen einen anziehenderen Gedanken als die Wiedervereinigung seines Vaterlandes? — des Landes, das jetzt, in Stücke verteilt, zu beiden Seiten des Eisernen Vorhanges liegt, der nur einen beschränkten gegenseitigen Verkehr zuläßt? Sollte es für einen Deutschen nicht eine ganz besondere Anziehungskraft bilden, sich vorzustellen, daß das zerrissene und isolierte Berlin wieder Reichshauptstadt werden könnte — auf allen Seiten nur von deutschem Gebiet umgeben, in dem sich keine fremden Truppen mehr befänden — weder französische, englische, amerikanische und auch keine russischen! Wenn die Sowjetunion dieses Spiel spielen will, dann hat sie einen starken Trumpf in Händen. Ein wiedervereinigtes Deutsches Reich ist nur als neutraler Staat denkbar, vielleicht mit einer bescheidenen eigenen Wehrmacht, jedoch ohne Bindung nach irgend welcher Seite — also auch ohne fremde Truppen auf deutschem Grund und Boden.

Der Westen wird in diesem Fall auf eine Verstärkung mit deutschen Truppen verzichten müssen; schlimmer noch: im Falle eines Krieges wird er erst am Rhein den ersten Widerstand leisten können. Strategisch kommt er dadurch in eine besonders nachteilige Lage, noch nachteiliger als jene, in der er sich jetzt befindet. An die Politik des Westens, seinen Takt und seine Diplomatie werden jetzt hohe Anforderungen gestellt. Schlankweg eine Regelung des deutschen Problems auf einer Basis abzuweisen, die für das deutsche Volk eine große Anziehungskraft bildet, wäre unklug. Ein wiedervereinigtes Deutsches Reich kann allerdings nur dann neutral sein und akzeptiert werden, wenn es durch wirklich freie Wahlen die Regierung erhält, die das gesamte Volk in seiner großen Mehrheit wünscht.

Die Sowjetunion wird außerdem noch sehr deutlich beweisen müssen, daß sie einstweilen nicht die Absicht hat, einen Krieg zu



entfesseln. Zu den Handlungen, mit denen sie dies beweisen könnte, würde vor allem eine gründliche Änderung ihrer militärischen Einsatzfähigkeit und der Standortverteilung ihrer einsatzbereiten Truppen gehören. Die Streitkräfte werden also nicht nur vermindert, sondern auch so weit wie möglich östlich zurückgezogen werden müssen, so daß erst dies eine tatsächliche Preisgabe der Satellitenländer, sowohl auf militärischem als auch auf politischem Gebiet, bedeuten würde.

Ob die Sowjetunion zu derartigen Schritten bereit sein wird, bleibt eine offene Frage. Sollte sich dieses Nicht-Bereitsein nicht schon in allernächster Zeit zeigen, wird sich der Westen allerdings diesbezüglichen Besprechungen nicht entziehen können. Dabei erhebt sich die Frage, ob er inzwischen die Bildung der europäischen Defensivgemeinschaft und Deutschlands Wiederaufrüstung wird beschleunigen können. Das scheint jetzt besonders schwierig. Der Westen hat in jeder Hinsicht das Recht, Westdeutschland, das sich hierzu freiwillig entschließt, bei seiner Wiederaufrüstung zu unterstützen und ihm einen Platz an der westlichen Seite einzuräumen. Sowjetrußland nahm sich in der östlichen Zone das gleiche Recht — allerdings mit dem Unterschied, daß das Moment «freiwillig» dort nicht vorhanden war. Wenn man allerdings — solange es noch keine europäische Defensivgemeinschaft und keine deutsche Wehrmacht gibt — mit Rußland Besprechungen führen will, um die deutsche Einheit wiedererstehen zu lassen, kann man nicht gut gleichzeitig die europäische Defensivgemeinschaft oder, in jedem Falle, die westdeutsche Wiederaufrüstung forcieren. Eine westdeutsche Wiederaufrüstung im westlichen Lager verträgt sich nicht gut mit Besprechungen mit der Sowjetunion über die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Die Situation wäre eine andere gewesen, wenn diese Wiederaufrüstung bereits Tatsache wäre. Dann würde der Westen eine starke Position einnehmen.

Wie sehr auch die Wiederaufrüstung Westdeutschlands, vom militärischen Standpunkt aus betrachtet, als unbedingte Notwendigkeit für die Sicherheit Westeuropas angesehen werden muß, wird es nichtsdestoweniger klüger sein, während der Unterhandlungsperiode über das deutsche Problem deren Ausführung etwas zu verschieben. Die Verspätung braucht dadurch keineswegs größer zu werden als dies bereits der Fall ist. Zweifellos kann noch viel vorbereitet werden, wodurch eine spätere Ausführung beschleunigt werden wird.

Würde sich allerdings nach einer ersten Besprechungsperiode erweisen, daß keine Übereinstimmung erreicht werden kann und die Sowjetunion nur ein Aufschieben oder Mißlingen der deutschen Wiederaufrüstung beabsichtigt, dann fordert das Interesse des Westens, einschließlich Deutschlands, daß die Wiederaufrüstung im

europäischen Defensivgemeinschafts- oder Atlantischen Verband beschleunigt durchgeführt wird.

Für die Sicherheit des Westens und im Interesse des Weltfriedens kann nur dann von einer westdeutschen Wiederaufrüstung abgesehen werden, wenn die Sowjetunion deutliche und tatkräftige Garantien geben wird, daß die Drohung eines überraschenden Angriffs, die in der Art, dem Umfang und der Aufstellung der russischen Kriegsmaschine zum Ausdruck kommt, sehr wesentlich vermindert wird.

Als Folge der langwierigen Verspätung, welche die deutsche Wiederaufrüstung erfahren hat, ist das Problem der Europa-Armee jetzt eng mit der deutschen Frage verbunden. Die dadurch entstandene delikate und komplizierte Situation wird vom Westen große staatsmännische Klugheit und klare Einsicht in die strategische Lage erfordern.

## GEDANKEN ZUR DEUTSCHEN STEUERREFORM

VON FRITZ NEUMARK

Nicht nur in den unmittelbar am Kriege beteiligten, sondern auch in den neutralen Ländern zwangen die politisch-militärischen Ereignisse der Jahre 1938 ff. zu einer starken Anspannung der Besteuerung. Zwar reichte diese trotz aller Anstrengungen bei weitem nicht aus, um die gesamten öffentlichen Ausgaben zu decken; immerhin aber ist festzustellen, daß die Kriegsfinanzierung sich dieses Mal in weit stärkerem Maße, als das im ersten Weltkrieg geschah, auf steuerliche Mittel stützte, so zwar, daß in den großen Staaten etwa übereinstimmend rd. 45% der Ausgaben durch «ordentliche» Einnahmen gedeckt wurden, d. h. zu einem relativ mindestens doppelt so hohen Anteilssatz wie 1914/18.

Qualitativ neue Steuermaßnahmen wurden dabei freilich nicht ergriffen. Man begnügte sich im wesentlichen damit, die bestehenden Abgaben zu erhöhen und sie, ähnlich wie schon ein Menschenalter früher, durch Sondersteuern auf sog. Kriegsgewinne zu ergänzen. Die einzige originelle Idee, die während des letzten Krieges vorgebracht wurde: die der sog. «Spending Tax», einer Art genereller direkter Aufwandsteuer, stieß in ihrem Geburtslande selbst, den Vereinigten Staaten, auf so heftige Kritik, daß sie sich, vor allem wegen der großen administrativen Schwierigkeiten, die ihre Durchführung mit sich gebracht hatte, nicht realisieren ließ. Was daneben (in den